

Aktionswoche der GEW: Inklusion stark machen!

Die GEW NRW kritisiert die Pläne der Landesregierung zur „Neuausrichtung der Inklusion in der Schule“ als zu kurz gegriffen und fordert die politisch Verantwortlichen im Landtag, in der Landesregierung und den Schulbehörden auf, notwendige Rahmenbedingungen für eine Verbesserung des Gemeinsamen Lernens zu schaffen. Unter dem Motto „Inklusion stark machen“ plant die Bildungsgewerkschaft Veranstaltungen und Aktionen wie eine Postkartenaktion und Telefon-Hotline um mehr Öffentlichkeit für die Misere in den Schulen zu schaffen.

„Die inklusive Schule ist ein lohnenswertes Ziel. Schüler*innen mit und ohne Handicap haben einen Anspruch auf ein qualitativ hochwertiges inklusives Schulangebot“, erklärte Jörg Kuhlmann als Mitglied des Leitungsteams der GEW Essen. Schulen brauchten mehr Personal und mehr Unterstützung, um erfolgreiches Gemeinsames Lernen unter guten Lern- und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. Notwendig dafür seien Qualitätsstandards mit klaren Zuständigkeiten, Zeit für Beratung und Kooperation und transparenter Ressourcensteuerung.

Kuhlmann: „ Die Schulen müssen auf ihrem Weg hin zur inklusiven Schule begleitet und unterstützt werden.“ Inklusion erfordere vielfältige Anstrengungen aller Beteiligten vor Ort, der Lehrkräfte, pädagogischen Fachkräfte und Mitarbeiter*innen sowie der Eltern. Das koste Kraft und Motivation. „Von den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung erwarten wir“, bekräftigte Kuhlmann, „dass alles getan wird, um dafür die erforderlichen Rahmenbedingungen herzustellen.“

Im Rahmen der Aktionswoche führte die GEW Essen am 08.10. 2018 eine Diskussionsveranstaltung mit Landtagsabgeordneten durch. Unter dem Titel „Inklusion braucht mehr, warum die Pläne der Landesregierung nicht ausreichen“ wurden die Landespolitiker mit der Kritik an der Neuausrichtung der Inklusion aus der Praxis konfrontiert. In Essen müssen mehr weiterführende Schulen ab Klasse 5 ab Schuljahr 2019/20 anbieten um den gestiegenen Bedarf aufzufangen. Eine Bündelung der Ressourcen, wie von der Landesregierung geplant, ist in großen Städten gar nicht möglich. Die Stellen im Landeshaushalt 2019 reichen bei weitem nicht aus, um die Schulen des Gemeinsamen Lernens ausreichend zu versorgen.

„Die Grundschulen und Schüler der Klassen 6 – 10 mit gemeinsamem Lernen spielen bei den Plänen der Landesregierung nur eine untergeordnete Rolle“, so Elisabeth Keim, Leiterin des Arbeitskreises Inklusion der GEW Essen. „Durch Verschiebung von Stellen im Landeshaushalt wird der gravierende Mangel in allen Bereichen des Gemeinsamen Lernens verschleiert. Außerdem soll die Versorgung von Schüler*innen mit geistige Behinderung, Körperbehinderung und Hör- und Sehschädigungen mit zusätzliche Stellen im gemeinsamen Lernen für 2019 abgeschafft werden.

„Dann bleibt den Eltern vielfach nur noch der Weg zur Förderschule“ so Elisabeth Keim.

Förderschulen haben ohnehin wieder stärkeren Zulauf, weil Eltern an den schlechten Bedingungen im gemeinsamen Lernen verzweifeln. Die GEW mahnt mit ihrem Memorandum „Gute inklusive Schule in NRW“ die Umsetzung der Inklusion an und stellt dazu konkrete Forderungen auf.

Die Landesregierung wendet sich zunehmend von der Inklusion ab und stärkt alleine die Förderschulen. „Das ist mit der UN-BRK nicht zu vereinbaren“, mahnt Elisabeth Keim.

Essen, 12.10.2018 Stadtverband Essen

Henner Höcker, Pressesprecher